



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. März 2017
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

A 276 Anfrage Hunkeler Yvonne und Mit. über konkrete Sparmassnahmen als Alternativen zur Steuererhöhung / Finanzdepartement

Yvonne Hunkeler ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Yvonne Hunkeler: Ich staune, dass der Regierungsrat auch zu dieser Anfrage wie schon im letzten Dezember zu ähnlich gelagerten Anfragen keine konkretere Aussage macht. In den Antworten finden sich Aussagen wie „Es gibt keinen Plan B“ oder „Es gib keine Reservemassnahmen, die bisher nicht diskutiert worden sind“. Der Regierungsrat erklärt, dass bei einem Nein zur Steuererhöhung mit einem massiven Leistungsabbau respektive mit einem verheerenden Kahlschlag bei den kantonalen Einrichtungen zu rechnen sei. Was heisst das genau? Warum nennt die Regierung das Kind nicht beim Namen? Welche Investitionsprojekte lassen noch länger auf sich warten? Was passiert mit der ZHB? Was mit der Kantonsstrasse Buttisholz und dem Radweg? Was heisst ein Nein für die Beiträge an die SEG-Institutionen? Was passiert mit den Prämienverbilligungen? Erhalten die Landwirte ihre Beiträge noch? Kann die Kantonsschule Sursee ihr Jubiläum dieses Jahr noch feiern? Das alles wissen wir nicht. Das Einzige, was mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit eintreffen wird, ist ein Versuch um kurzfristige Kürzungen bei den Gemeinden. Ich frage mich wirklich, ob der Regierungsrat nicht in Szenarien denkt. Oder reiben wir uns bei einem allfälligen Nein am 21. Mai einfach die Augen? Wie informiert der Kanton bei einem Nein? Was erwartet die Bürgerinnen und Bürger, Organisationen und die Gemeinden, welche im laufenden Jahr Geld erhalten sollten? Leider haben wir dazu und zu vielen weiteren Fragen keine Antworten erhalten. Die Stimmberechtigten kaufen bei einem allfälligen Nein zur Steuererhöhung die Katze im Sack. Die Abstimmung ist noch nicht gewonnen, ich habe grossen Respekt davor. Ich finde es schade, dass die Regierung die Chance nicht genutzt hat, den Abstimmungskampf mit klaren Antworten zu unterstützen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Wenn der Steuerfuss nicht erhöht wird, fehlen in der Erfolgsrechnung 64 Millionen Franken, das ist eine Tatsache. Ich kann nicht ausschliessen, ob die Investitionsrechnung allenfalls auch davon betroffen wäre. Die Regierung hat immer deutlich erklärt, dass die Steuerfusserhöhung eine Ultima Ratio sei. Deshalb liegen keine spruchreifen Massnahmen vor, weder von der Regierung noch vom Kantonsrat. Es gibt keinen Plan B. Mehr müssen wir dazu nicht sagen, denn es ist uns allen hier im Saal bewusst, was Einsparungen von 64 Millionen Franken bedeuten. Wo diese 64 Millionen Franken eingespart werden sollten, wissen wir heute noch nicht. Eines ist aber sicher, irgendjemandem wird es wehtun.

Armin Hartmann: Ich verstehe die Aussage des Finanzdirektors nicht, wonach seitens des Kantonsrates keine Massnahmen vorliegen würden. Für die SVP ist es klar, dass niemals 64

Millionen Franken eingespart werden können. Das Parlament würde solchen Einsparungen auch nicht zustimmen. Deshalb gibt es nur eine Lösung zulasten des Eigenkapitals. Dadurch wird es in der Finanzierungsrechnung zu einer Neuverschuldung kommen. Alles andere ist nicht realistisch.

David Roth: Es ist wichtig zu hören, dass die SVP nun zu einer Schuldenmacher-Partei wird, obwohl sie jahrelang behauptet hat, der Kanton könne bei den Ausgaben noch Einsparungen machen. Die SVP konnte in den letzten Jahren aber keine umsetzbaren Sparvorschläge liefern. Für die Stimmbevölkerung ist es wichtig zu wissen, dass man unkontrolliert zu einem Schuldenmacher-Staat werden kann, und das erst noch ohne gesetzliche Verankerung. Oder man kann für eine nachhaltige Finanzpolitik eintreten und einen ersten Schritt bei den Einnahmen machen und so in diversen Bereichen einen Abbau verhindern.

Armin Hartmann: Die SVP hat Sparvorschläge gemacht, das Parlament hat diese aber abgelehnt. Es war nicht unser Wunsch, Schulden zu machen. Weil unsere Vorschläge keine Unterstützung fanden, braucht es einen Kompromiss. Der einzige mehrheitsfähige Vorschlag ist die Belastung des Eigenkapitals und die Neuverschuldung.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Wie ist meine Aussage zu verstehen, wonach seitens des Kantonsrates keine beschlossenen Massnahmen vorliegen würden? Über einen Betrag in der Höhe von 64 Millionen Franken zu bestimmen, liegt nicht in der Kompetenz der Regierung. Dazu sind Gesetzesänderungen notwendig, die in der Kompetenz Ihres Rates liegen. Die Regierung kann aber nicht einfach Massnahmen verkünden, die vom Parlament mit grösster Wahrscheinlichkeit abgelehnt werden. Es bleiben also noch die Schulden. Wie kommen wir zu mehr Schulden im Jahr 2017? Entweder verabschiedet der Kantonsrat ein nicht gesetzeskonformes Budget oder wir haben gar kein Budget. Beide Varianten sind schlecht. Guter Rat ist hier ziemlich teuer.